

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2010
SCHWERPUNKT:
KLIMA UND
ENTWICKLUNG

„Europa kann durch
mehr Ambition die
Richtung vorgeben“

Interview mit Yvo de Boer. Seite 2

100 Prozent Erneuer-
bare Energien –
„100% Zukunft“

Interview mit Brick Medak. Seite 3

Starke Nachfrage nach
der Germanwatch-
Klimaexpedition. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

was heute investiert wird, bestimmt wesentlich unsere Klima- und Energiezukunft. Darum ist ein Klimaschutzgesetz, z. B. im größten Bundesland NRW, von solch großer Bedeutung. Die Investoren brauchen langfristige Sicherheit, aber auch Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft wollen verlässliche Leitplanken bis zum Jahr 2050. Denn bis dahin muss Deutschland als Industrieland eine Gesellschaft etablieren, deren Energieversorgung auf 100 Prozent Erneuerbaren Energien beruht. Wenn am 9. Mai in NRW gewählt wird, hat der Ausgang also auch bundespolitische und weltweite Relevanz. Deutschlands Positionierung in der Energiepolitik ist ein wichtiges Signal für die internationale Klimapolitik nach Kopenhagen.

Deutschland wird von großen Akteuren wie China, Indien oder Brasilien genau beobachtet. Diese wollen wissen, ob wir als vermeintlicher Klimavorreiter es tatsächlich schaffen, das Reduktionsziel von 40 Prozent bis 2020 und von 95 Prozent bis 2050 umzusetzen. Industrieländer, die hier ernst machen, beeinflussen die Weichenstellung in diesen Ländern positiv. Wenn diese Wachstumsregionen nicht ambitioniert mitziehen, wird ein gefährlicher Klimawandel nicht zu vermeiden sein.

Viel ist zu tun, viel kann erreicht werden. Unsere Zeitung soll Sie dazu ermuntern, mitzumachen. Sie haben die Wahl!

Ihr Klaus Milke

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Bjarne Mädel,
Schauspieler,
u. a. im Germanwatch-Film
„Die Rechnung“ und in der
Serie „Stromberg“

Es ist ein Ausdruck großer Ungerechtigkeit, dass ausgerechnet die Menschen die Rechnung für den Klimawandel bezahlen sollen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Daher ist das Engagement von Germanwatch, für mehr Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft und der Politik einzutreten, sehr wichtig und verdient große Unterstützung.

AUFBRUCH NACH DER SCHOCKSTARRE

Zeit, die Glaubwürdigkeitslücke nach Kopenhagen zu schließen

Beim Klimagipfel in Kopenhagen gab es ein kollektives Führungsversagen der Weltmächte. „Nein – wir können nicht“, war die Botschaft von US-Präsident Obama, ganz im Banne der nationalen Energiedebatte. „Nein – die Industrieländer müssen führen“, lautete die Antwort aus China. „Nein – wir trauen uns nicht“ – so der viestimmige Chor aus der EU.

Auch die Umwelt- und Entwicklungsverbände bekleckerten sich nicht mit Ruhm. Sie erweckten allzu oft den Eindruck, Gerechtigkeit im Treibhaus zu erzielen hieße, die Frage zu klären „Wer muss wie viel Klimaschutz machen?“. Die kleinen Inselstaaten und besonders betroffene Länder wie Bangladesch machten in Kopenhagen hingegen deutlich, dass für sie die zentrale Gerechtigkeitsfrage lautet: „Wird genug Klimaschutz geleistet, damit wir überleben können?“. Einige Staaten argumentierten aber, dass sich für eine Welt, die sich auf den Weg mache, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen, eine ganz andere Gerechtigkeitsfrage in den Vordergrund dränge: „Wer hat welchen Anteil an der vor uns stehenden größten technischen Revolution, wenn es um den Umbau des Energie-, Verkehrs-, Gebäude- und Landwirtschaftssystems geht?“. Kein Land hat beispielsweise einen größeren Teil der Milliardenhilfe gegen die Wirtschaftskrise in grüne Entwicklungspakete gesteckt als Südkorea. Zudem haben die Malediven angekündigt, bis 2020 ihr gesamtes Energiesystem auf Erneuerbare Energien umzustellen.

Rennen um ein neues Wohlstandsmodell

Immer mehr Staaten erkennen: Im Zentrum des neuen großen Wirtschaftszyklus werden – wie einst Dampfmaschine, Eisenbahn oder Auto – vermutlich erneuerbare Energieträger sowie Technologien stehen, die die Energie- und Ressourcenproduktivität steigern. Hier entscheidet sich die Frage der sicheren Energieversorgung angesichts immer stärker schwankender Energiepreise. Hier geht es um die Arbeitsplätze der Zukunft. Hier geht es um ein neues Wohlstandsmodell. China scheint schon besser positioniert als die USA, und die EU droht sich selbst durch eine zu zögerliche Klimapolitik abzuhängen. Zugleich wissen die Staaten: Je länger wir warten, desto teurer wird der Klimawandel.

Wenn das Rennen um ein neues Wohlstandsmodell bald Fahrt aufnimmt, kann die Glaubwürdigkeitslücke noch geschlossen werden, die seit Kopenhagen aufgerissen ist. Die politischen Führer hatten versprochen, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad Celsius gegenüber vorindustrieller Zeit zu beschränken. Die Reduktionsziele bzw. Aktionspläne, die sie bisher auf den Tisch gelegt haben, bedeuten aber im Klartext: Die Temperatur wird in diesem Jahrhundert um drei bis vier Grad steigen – wenn die Ziele überhaupt wie angekündigt umgesetzt werden.

Entscheidende Weichenstellungen

Deutschland wird in diesem Jahr, in dem seine neue Energiekonzeption entschieden werden soll, wesentliche Weichen dafür stel-



Umwelt-Aktivisten und Delegierte breiteten Anfang April vor dem Konferenzzentrum in Bonn vier Tonnen Glasscherben aus und forderten von den Delegierten: „Zeit, die Scherben aufzusammeln“. Foto: Simone Ackermann, Germanwatch

len, ob sich das Land für die Zukunft positioniert – oder sich in der Kohle- und Kernkraftmonarchie einlullen lässt. Germanwatch wird mit der Kampagne „100% Zukunft“ (s. Seite 3) auf den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Stromnetze drängen.

Hinter der Frage der Anpassung an den Klimawandel verbergen sich einige der größten Herausforderungen für die weitere Entwicklung dieses Planeten. Wie lässt sich die soziale und wirtschaftliche Situation der ärmsten Menschen so verbessern, dass diese sich auf die Risiken des Klimawandels einstellen können? Wie kann sichergestellt werden, dass sie Zugang zu sauberem Wasser und ausreichend Nahrung haben? Wie kann verhindert werden, dass sich neue oder alte Krankheiten an neuen Orten ausbreiten?

Meilensteine auf dem Weg nach Cancún

In Kopenhagen haben die Industrieländer zugesagt, dass sie in den kommenden drei Jahren 30 Milliarden US-Dollar für die Investitionen in den Klima- und Regenwaldschutz sowie in die Anpassung in den ärmsten Staaten bereitstellen. Zentral ist hierbei, dass tatsächlich Politiken und Projekte unterstützt werden, die einen Schneeballeffekt in Richtung Energie- und Verkehrswende auslösen, den notwendi-

gen Rahmen für den Regenwaldschutz setzen sowie die Vorsorge gegenüber Wetterextremen, Dürren und steigendem Meeresspiegel sichern. Eine hochkarätig besetzte Arbeitsgruppe wird in diesem Jahr Vorschläge für ein Finanzinstrument vorlegen, mit dem bis 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar für solche Aufgaben bereitgestellt werden sollen.

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat für Anfang Mai zu einem Treffen von Ministern aus 45 Staaten auf den Bonner Petersberg eingeladen. Deutschland wird gemeinsam mit Mexiko, das im Dezember in Cancún den nächsten Klimagipfel ausrichtet, das Treffen leiten. Dieses kann die Staaten, die ernsthaft vorangehen und das Paradigma der Last des Klimaschutzes hinter sich lassen wollen, enger zusammenbringen.

Der Weg zur nächsten großen Klimakonferenz sollte mit einem Fahrplan und Meilensteinen versehen werden, die das Schließen der Lücke zum Zwei-Grad-Limit und das Vereinbaren eines Finanzmechanismus, der die notwendigen Maßnahmen bei der Anpassung, beim Regenwaldschutz oder bei der Technologiekooperation Realität werden lässt, ermöglichen. Nicht der Blick zurück auf den Scherbenhaufen von Kopenhagen ist nun notwendig, sondern der Aufbruch nach der Schockstarre.

Christoph Bals, Sven Harmeling

Zentral für die internationale Klimaschutzdynamik: Chinas Klimapolitik

In Kopenhagen waren viele Beobachter enttäuscht: China akzeptierte lediglich freiwillige Klimaschutzziele. Aber die Chancen stehen gut, dass die Regierung ihre Ankündigungen von Kopenhagen in ihren für regionale Regierungen und Wirtschaft verbindlichen Fünf-Jahresplan (2011-2016) integriert: Zwischen 2005 und 2020 will sie die CO₂-Emissionen pro Einheit des Bruttosozialprodukts um 40 bis 45 Prozent reduzieren, den Anteil nicht-fossiler Energiequellen am Primärenergie-Verbrauch um 15 Prozent steigern und die Waldfläche um 40 Millionen Hektar erhöhen. Keine Frage: Oberste Priorität hat für die Regierung das Ziel von mindestens acht Prozent

Wirtschaftswachstum, um die in die Städte strömende Bevölkerung integrieren zu können. Doch immer heftiger wird in China die Debatte darüber, ob ein Niedrig-Emissions-Wohlstandsmodell nicht Voraussetzung für ein solches Wachstum ist. Die Weltbank rechnete kürzlich vor, dass beides vereinbar ist. Schon ist China, vor wenigen Jahren noch ein Nobody in diesem Feld, Weltmarktführer für Erneuerbare Energien. Wie beherrscht die Regierung diesen Weg weitergeht, wird maßgeblich über die internationale Klimaschutzdynamik entscheiden.

Qian Cheng, Klimaberaterin von Germanwatch

„Europa kann durch mehr Ambition die Richtung vorgeben“

Interview mit Yvo de Boer, Chef des UN-Klimasekretariats

Herr de Boer, wie schätzen Sie angesichts ernster finanzieller Schwierigkeiten, rapide ansteigender Arbeitslosenzahlen und gezielter Anstrengungen sogenannter Klimaskeptiker das Vertrauen in die Klimawissenschaft zu schwächen, die Klimapolitik der Industriestaaten ein?

Zunächst einmal möchte ich hervorheben, dass die Klimaskeptiker keineswegs den Klimawandel als solchen, sondern nur die prognostizierten Schäden und deren Härte in Frage stellen. In der Debatte geht es deshalb beispielsweise weniger um das beschleunigte Abschmelzen der Gletscher im Himalaya an sich. Es geht viel mehr darum, wie schnell sie verschwinden. Ich bin überzeugt, dass die Politiker weiterhin dafür sorgen werden, dass die Gesellschaft den Klimawandel als eine ernste Angelegenheit betrachtet und begreift, dass ein Nicht-Handeln wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Folgen haben wird, die auf lange Sicht schwerer wiegen als die Kosten des Klimaschutzes. Im Zuge der Finanzkrise wurde die Entwicklungshilfe um schätzungsweise 20 Milliarden Dollar zurückgefahren. Trotzdem haben sich die Regierungen der Industriestaaten dazu verpflichtet, bis zum Jahre 2020 100 Milliarden Dollar pro Jahr zur Bekämpfung des Klimawandels bereitzustellen. Ich sehe diesen Entschluss als Zeichen dafür, dass die Regierungen der Industrieländer erkannt haben, dass der Klimawandel eine der großen Bedrohungen der Menschheit ist und bleibt.

Obwohl in Kopenhagen die Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter zwei Grad vereinbart wurde, hätten die bisherigen Klimaschutzziele der Entwicklungs- und Schwellenländer eine Erwärmung um drei bis vier Grad zur Folge. Wie kann diese Kluft überbrückt werden?



Yvo de Boer, Generalsekretär des UN-Klimasekretariats, Foto: UNFCCC

Wir müssen zum einen sicherstellen, dass die Industriestaaten ehrgeizigere Ziele auf den Tisch legen. Zum zweiten glaube ich, dass wir beim Klimagipfel im Dezember in Cancún auf der Basis der bereits zugesagten Kurz- und Langzeitfinanzierung einen Finanzierungsmechanismus beschließen können, der reizvoll für die Entwicklungsländer ist, so dass diese sukzessive weitere Reduktionsvorhaben umsetzen. Zum dritten glaube ich, dass der Kampf gegen den Klimawandel einen langwierigen Prozess darstellt. Gegenwärtig geht die Klimawissenschaft davon aus, dass die Staatengemeinschaft ihre Emissionen bis 2050 um mindestens 50 Prozent senken muss, um die gefährlichsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Die Industriestaaten müssten hierbei die Führungsrolle einnehmen, indem sie sich zu einer Reduzierung um mindestens 80 Prozent verpflichten. Im Gegensatz zu den meisten anderen ist Europa gewillt, eine solche Verpflichtung einzugehen.

Ein besonders konstruktives Element des Kopenhagen-Accords ist, dass obwohl das Ziel von zwei Grad maximaler Temperaturerhöhung für viele Länder nicht ambitioniert genug ist – z. B. für die kleineren Inselstaaten – die Vereinbarung immerhin eine Überprüfung der Ziele für das Jahr 2015 vorsieht. Dies bietet die Möglichkeit, den Grad des Engagements in einem weiteren Schritt zu erhöhen.

Die EU bezeichnet ihre Emissions-Reduktionsverpflichtung von 20 Prozent bis 2020 als sehr ambitioniert, jedoch ist dieses Ziel nicht mit dem Zwei-Grad-Limit zu vereinbaren. Die meisten Klimafinanzierungszu-

sagen werden aus alten Versprechungen gespeist. Wie kann die EU eine treibende Kraft der Veränderungen werden?

Ich würde gerne sehen, dass das UN-Klimasekretariat von den Vertragsstaaten das Mandat bekommt, die bereitgestellte Kurzzeitfinanzierung daraufhin zu prüfen, ob das zugesagte Geld wirklich neu ist und nicht aus bereits zugesagten Beständen kommt. Das 20-Prozent-Reduktionsziel der EU empfinde ich in der Tat nicht als übertrieben ambitioniert, 30 Prozent wären viel besser. Ich hoffe, dass die EU diesen Schritt auf dem Weg nach Cancún wagen wird – dies wäre auch im eigenen Interesse. Aber um seinen gerechten Anteil am Klimaschutz zu leisten, muss Europa seine wirtschaftliche Marschrichtung grundlegend ändern. Für eine 20-Prozent-Reduktion muss man sich kaum mehr anstrengen als bisher. Für eine 30-Prozent-Reduktion in der EU bedarf es eines grundlegenden Wandels. Aber um das langfristige Ziel von 80 bis 85 Prozent Reduktion bis 2050 zu erreichen, müssen die wirtschaftlichen Umstrukturierungen schon dramatisch sein. An dieser Stelle kann Europa die Richtung vorgeben, indem es versichert, dass es dieses langfristige Ziel tatsächlich erreichen will. Durch die Wirtschaftskrise sind die Emissionen niedriger, weshalb viele Investitionen im Energiesektor zurückgestellt wurden. Es besteht nun die Chance für eine grüne Entwicklungsstrategie, wenn die Wirtschaft gesundet und die Investitionen im Energiesektor umweltverträglich sind.

Die verwundbarsten Staaten haben ihre Standpunkte in Kopenhagen vehementer vertreten als zuvor. Die Malediven haben sich sogar zum Verzicht auf fossile Energieträger bis 2020 verpflichtet. Kann dies die Verhandlungsdynamik positiv beeinflussen?

Ja. Wir haben schon in Kopenhagen gesehen, dass die Äußerungen des maledivischen Prä-

sidenten Nasheed und die Sorgen, die er bei den Verhandlungen der Staatschefs hinter verschlossenen Türen äußerte, Eindruck hinterlassen haben. Daher glaube ich, dass die Stimme der besonders verletzlichen Länder sehr wichtig für diesen Prozess ist.

Angesichts der Finanzierungshemmnisse in vielen Entwicklungsländern erscheint es dringlicher als je zuvor, ein innovatives Finanzierungsinstrument einzuführen, das Mittel in einer Größenordnung von 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stellt. Denken Sie, dass hier 2010 ein wesentlicher Fortschritt erzielt werden kann?

Es ist unerlässlich, dass wir in der Finanzierungsfrage deutliche Fortschritte erzielen. Denn ohne diese wird man auch in anderen Bereichen nicht weiterkommen. Die Herausforderung, der wir uns in allen Bereichen der Umwelt stellen müssen, ist es, dass sich die Kosten des Umweltschutzes in den Preisen der Erzeugnisse widerspiegeln müssen. Wenn dies universell geschieht, wird es einfacher werden, angemessen sowohl auf die Herausforderung des Klimawandels als auch auf andere Herausforderungen zu reagieren: nicht zuletzt, um das nötige Kapital zu beschaffen. Im Energiesektor kommen 85 Prozent der Investitionen aus der Privatwirtschaft. Somit wird klar, dass in die Handlungsweisen der Privatwirtschaft eingegriffen werden muss. Ich halte die Besteuerung und die marktwirtschaftlichen Mechanismen für besonders geeignete Mittel, um sicherzustellen, dass die Verschmutzer für die von ihnen verursachten Schäden aufkommen. Alle Wirtschaftssektoren, Industrie, Verkehrswesen und Privathaushalte, müssen ihren Beitrag zur Minderung der Umweltschäden leisten.

Interview: Sven Harmeling,

Übersetzung: Benjamin Hoffmann

Das vollständige Interview finden Sie unter: www.germanwatch.org/zeitung/2010-2-boer

Indigene Völker im Tschad – Maßnahmen gegen den Klimawandel

Indigene Völker stellen aufgrund ihrer Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen, die durch den Klimawandel besonders gefährdet sind, die ersten Opfer der unmittelbaren Folgen des Klimawandels dar. Die politische und soziale Marginalisierung verschärft die Anfälligkeit zusätzlich. Die unregelmäßigen Jahreszeitwechsel und die steigenden Temperaturen haben einen negativen Einfluss auf die Qualität des Weidelandes und dessen Vegetation. Überschwemmungen treten in einigen Gebieten verstärkt auf, Dürren und als deren Folge Ernährungsun-



Hindou Oumarou Ibrahim, Regionale Vertreterin des Indigenous People's African Coordinating Committee, Tschad
Foto: IPACC

sicherheit in anderen. Einige indigene Völker, wie z. B. die Fulani Mbororo im Tschad, welche sich früher auf der Suche nach Weidegründen für ihre Herden nach den Jahreszeiten richten konnten, mussten sesshaft werden. Da sie keine Erfahrung mit der Landwirtschaft hatten, blieben die Ernten von vornherein weit unter den Erwartungen, während das Vieh, das bis dahin die Grundlage ihrer Lebensunterhaltssicherung war, wegen der schlechten klimatischen Bedingungen verendete oder verkauft werden musste. Trotz solcher Schwierigkeiten, mit denen indi-

gene Völker konfrontiert sind, und trotz ihrer besonderen Verletzlichkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels werden ihre Interessen in öffentlichen Debatten auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene außer Acht gelassen. Dies zu ändern, bleibt eine große Herausforderung.

Der Klimawandel ist eine Bedrohung und eine reale Gefahr für das Überleben der indigenen Völker auf der ganzen Welt, obwohl sie am wenigsten Treibhausgase erzeugen und sogar aktiv die notwendige Regeneration der Ökosysteme in ihrer Umgebung fördern. Aufgrund ihrer durch genaue Beobachtung und tradi-

tionelles Wissen geprägten Interpretation des Klimawandels können sie eine wertvolle zusätzliche Perspektive für Lösungsansätze zur Bewältigung der globalen Erwärmung liefern. Die Miteinbeziehung der besonders verletzlichen Ureinwohner in die Anpassungs- und Klimaschutzbemühungen ist daher notwendig.

Hindou Oumarou Ibrahim

Die vollständige Version des Textes finden Sie unter: www.germanwatch.org/zeitung/2010-2-tschad

KONFERENZ

Was heißt Klimagerechtigkeit?

Germanwatch lädt zu internationaler Klimakonferenz ein

Anlässlich der UN-Klimaverhandlungen in Bonn veranstaltet Germanwatch gemeinsam mit verschiedenen Partnern am 5. Juni zum zweiten Mal den „Development and Climate Day“. Diese internationale Konferenz bietet Klimaverhandlern, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftlern und anderen Interessierten ein offenes Forum, um sich über Kernfragen der Gerechtigkeitsdebatte im Klimawandel auszutauschen.

Doch was heißt Klimagerechtigkeit? Ist der Klimaschutz weltweit ambitioniert genug, damit das Recht auf Überleben der kleinen Inselstaaten, aber auch der verwundbarsten Menschen gesichert wer-

den kann? Welchen Anteil müssen die Industrieländer, welchen die reicheren Entwicklungsländer an der notwendigen Klimafinanzierung leisten? Wer setzt sich an die Spitze des globalen Rennens in eine neue Energiezukunft, und wie kann die Beteiligung ärmerer Länder an diesem Rennen organisiert werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Konferenz, die im Wissenschaftszentrum Bonn stattfinden wird. Die Fachkonferenz wird begleitet von einem internationalen Film- und Medienfestival, zu dem noch bis zum 20. Mai Filme eingereicht werden können.

Mehr Informationen unter:

www.germanwatch.org/klima/dcd2010



Der Klimawandel setzt indigene Völker in Entwicklungsländern, die extrem abhängig von natürlichen Ressourcen sind, unter zusätzlichen Druck. Bäuerinnen und Bauern leiden unter einer Verschlechterung der Qualität des Weidelandes, Überschwemmungen oder Dürren. Foto: Hindou Ibrahim

Zweifel säen und Sturm ernten?

Über Sinn und Unsinn der Klima-Skepsis

Derzeit läuft von den USA ausgehend eine beispiellose Kampagne gegen dort und international geplante Klima- und Energiegesetze. Auch der Weltklimarat IPCC gerät in die Kritik. Einen Fehler hat er bereits eingeräumt – im Sachstandsberichts wurde eine Studie zitiert, die meinte vorherzusagen zu können, dass die Eismassen im Himalaya bereits im Jahr 2035 abgeschmolzen sein könnten. Bereits im 2008 veröffentlichten Rowohl-Buch „Die Welt am Scheideweg“ hatte Germanwatch darauf hingewiesen, dass solche Aussagen mit Vorsicht zu genießen seien, da für die meisten Gletscher im Himalaya keine regelmäßigen Messungen der veränderten Eismasse vorliegen. Keine Frage – in den mehreren tausend Seiten der IPCC-Berichte werden sich noch mehr Detailfehler finden. Widersprüche zu erkennen und zu versuchen, bessere Erklärungen zu finden, dreht das Rad der Wissenschaft. Hypothesen bewähren sich oder werden widerlegt. Alle fünf bis sieben Jahre stellt ein neuer IPCC-Bericht den wissenschaftlichen Fortschritt dar. Kürzlich wurde zudem ein Inter Academic Council von Ban Ki Moon damit betraut, entstandene offene Fragen beim IPCC-Sachstandsbericht zu klären.

Nichts an den Kernaussagen der Klimawissenschaft wankt jedoch. Die menschengemachten Treibhausgasemissionen sind der Hauptfaktor der in den letzten Jahrzehnten global beobachtbaren Aufheizung um etwa 0,8 Grad. Selbst bei einem sofortigen Stopp der Emissionen würde sich die Erde – aufgrund der Trägheit des Systems – im Durchschnitt nochmals um fast ein Grad aufheizen. Zugleich werden die Risiken bei einem Temperaturanstieg von 1,5 bis drei Grad gegenüber vorindustrieller Zeit immer größer. Irgendwo in dieser Bandbreite besteht die Gefahr, dass die Risiken für viele Regionen – vor allem in den Ländern des Südens – unbeherrschbar werden. Das Zwei-Grad-Limit, auf das sich die Weltgemeinschaft nach jahrelanger Diskussion geeinigt hat, ist ein Kompromiss zwischen dem noch Erreichbaren und dem Notwendigen. Selbst wenn es eingehalten werden kann, werden erhebliche Anpassungsbemühungen erforderlich.

Die Öl- und Kohleindustrie hat vor Kopenhagen verstanden, dass die Debatte um den Umbau des fossil angetriebenen Wohlstandsmotors beginnt, ernst zu werden. Nie seit dem weltweiten Ringen um das Kyoto-Protokoll gab es eine besser geölte Industriobby. Gezielt versucht sie, die notwendige Debatte um Detailaussagen des IPCC in eine Grundlagenkritik an den Fundamenten der Klimawissenschaft umzuinterpretieren. Ihr Motto: „Ist der Zweifel gesät, haben wir die politische Debatte gewonnen“. Das jüngst erschienene Buch *Climate-Cover-Up* von James Hoggan zeigt wichtige Strategien, Taktiken und Köpfe hinter dieser „Nebelwerferindustrie“ auf.

Mit jeder Verzögerung wird wirkungsvoller Klimaschutz teurer. Je länger weltweit hunderte Milliarden Euro in die CO₂-intensive Energie-, Verkehrs- und Gebäudewirtschaft investiert werden, umso steiler wird der notwendige Emissionsabstieg danach – und umso kostspieliger. Wenn der Höhepunkt der Treibhausgasemissionen weltweit nicht in diesem Jahrzehnt erreicht wird, ist schon zu viel des verbleibenden „Emissionsbudgets“ verbraucht und das Erreichen des Zwei-Grad-Limits kaum noch finanzierbar. Wer hingegen jetzt in den notwendigen Umbau einschwenkt, erntet nicht nur verringerte Klimarisiken, mehr Wasser- und Ernährungssicherheit und weniger Krankheiten, sondern auch mehr Energie-sicherheit und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die Strategie der „Nebelwerferindustrie“ stellt seriöse Klimawissenschaftler vor Probleme. Die Wissenschaft lebt vom Stachel des Zweifels, und es ist ihr Kerngeschäft. Details der bisherigen Hypothesen – etwa über Klimawandelfolgen – in Frage zu stellen. Manchmal führt dies zu einer Verschärfung der Aussagen, manchmal zu einer Abschwächung. Dabei ist es interessant zu sehen, wie stabil trotz solcher Schwankungen die Kernaussagen seit den 1980er Jahren geblieben sind – bislang eher mit einer Tendenz zur Verschärfung. Unsicherheiten bestehen vor allem bezüglich Aussagen zu kurzfristigen Trends oder Klimafolgen in einzelnen Regionen. Finden Klimawissenschaftler hier Fehler oder

äußern Zweifel, werden sie von der „Nebelwerferindustrie“ – häufig gegen ihren Willen – als Kronzeugen für den grundsätzlichen Zweifel am Klimawandel hochgehöhelt. Ihr Zweifel im Detail wird zum Beleg für eine dogmatische Anti-Klimaschutzideologie stilisiert, die sich vor allem in den USA immer enger mit der Anti-Evolutions-Ideologie verknüpft. Umgekehrt werden Wissenschaftler bisweilen von der Presse oder Aktivisten dazu gedrängt, Aussagen zu Kurzfristrends oder regionalen Konsequenzen zu machen, die – anders als ihre grundlegenden und langfristigen Aussagen – sehr unsicher sind. Zudem werden sie

von Kollegen kritisch beäugt, wenn sie These liefern, die von Nebelwerfern dogmatisch uminterpretiert werden können.

Trotz all dem Getöse: Leider (!) gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass dem menschengemachten Klimawandel die Puste ausgeht. Und: Jetzt entschieden zu handeln, ist aus Vorsorge- wie aus Kostengründen notwendig. Wird dies aufgeschoben, drohen weltweit existenzielle Konsequenzen für hunderte Millionen Menschen.

Christoph Bals, Sönke Kreft, Boris Schinke

AKTION

Für verbindlichen Klimaschutz bundesweit – Startschuss in NRW!

In den kommenden Monaten werden in Deutschland wichtige Weichen für oder gegen den notwendigen Klimaschutz zur Abwendung eines gefährlichen Klimawandels gestellt. Neue Studien* zeigen: Bis 2050 kann ein wesentlich energieeffizienteres Europa zu 100 Prozent mit Hilfe Erneuerbarer Energien versorgt werden. Germanwatch setzt sich dafür ein, dieses Ziel in einem Klimaschutzgesetz in Deutschland verbindlich zu verankern, um Planungssicherheit zu schaffen – Großbritannien hat bereits ein Klimaschutzgesetz mit verschärften Zielen bis 2050 verabschiedet.

Germanwatch beteiligt sich derzeit an einer Kampagne, die NRW als wichtigstes Energieland Deutschlands zum Pionier eines solchen Klimaschutzgesetzes machen will. Wir betrachten

dies als einen zentralen Prüfstein für die existierende und die neue NRW-Landesregierung.

Helfen Sie uns auf www.klimaschutzgesetz-jetzt.de Wenige Klicks genügen, um sich an der Kampagne zu beteiligen.



* u. a. McKinsey et al. (2010), www.roadmap2050.eu

100 Prozent Erneuerbare Energien – „100% Zukunft“

Interview mit Brick Medak, Referent für deutsche Klima- und Energiepolitik bei Germanwatch und Projektleiter der Kampagne „100% Zukunft“

Herr Medak, Germanwatch startet bald die Kampagne „100% Zukunft“. Wofür steht der Slogan?

„100% Zukunft“ steht für eine Versorgung mit Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien in Deutschland und der EU bis 2050. Der Slogan meint aber auch die großen Chancen, die ein intelligenter Umgang mit Energie und Ressourcen sowie der Umbau der Energieversorgung und der Ausbau des Stromnetzes mit sich bringen.



Brick Medak, Projektleiter der Kampagne „100% Zukunft“
Foto: privat

Welche Chancen? Erneuerbare Energien gelten als teuer und nicht verlässlich!

Mit der Kampagne wollen wir auch zeigen, dass dies überholte Vorurteile sind. Strom und Wärme aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien sind in der EU möglich. In zahlreichen Studien wurde nachgewiesen, dass Erneuerbare Energien nicht wesentlich teurer sind als herkömmliche und ebenso verlässlich Strom und Wärme liefern können. Die Branche ist außerdem einer der wenigen Industrie-

zweige, die in der Krise gewachsen sind. Dieses Wachstum wird es aber in Zukunft nur geben, wenn die Weichen jetzt richtig gestellt werden. Vielen Politikern ist das bewusst, es fehlt aber der politische Wille, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Genau da will die Kampagne „100% Zukunft“ ansetzen.

Politisches Lobbying ist nicht gerade neu, das machen doch alle!

Germanwatch will über das klassische Lobbying in Berlin und Brüssel hinausgehen. Wir wollen Menschen dazu motivieren, auf „ihre“ Politiker vor Ort zuzugehen. Dafür werden wir zehn Schwerpunktregionen aussuchen und dort 100 MultiplikatorInnen gewinnen, die sich vernetzen, Veranstaltungen und Aktionen organisieren sowie Politiker ansprechen. Diese 100 sollen wiederum 1.000 weitere gewinnen, die sich für die Ziele der Kampagne einsetzen und damit den Politikern zeigen, dass viele Menschen mehr Klimaschutz wollen.

Wie möchten Sie diese Menschen erreichen?

Das Internet wird eine wichtige Rolle dabei spielen. Mittels einer interaktiven Website wollen wir den Menschen auch die Möglichkeit geben, etwas gegen die eigene Machtlosigkeit zu unternehmen. Der Einzelne kann eine ganze Menge tun, vor allem wenn er nicht alleine ist, sondern sich in Netzwerken mit Gleichgesinnten organisiert. Diese Netzwerke will Germanwatch mit aus- und aufbauen helfen.

Warum gerade 2010?

Nach Kopenhagen ist es wichtiger denn je, dass die nationalen Regierungen zeigen, dass sie nicht nur von Klimaschutz reden, sondern tatsächlich handeln. In Deutschland will die Bundesregierung zum ersten Mal seit 20 Jahren ein Energiekonzept vorlegen, und die EU-Kommission arbeitet derzeit an ihrer Energiestrategie für 2050. Jetzt werden entscheidende Weichen gestellt. Germanwatch wird dabei mitmischen.

Interview: Anne Koch



Den Flyer zur Kampagne finden Sie unter: www.germanwatch.org/klima/zuk-fly

Termine

■ **Bad Kreuznach, 7.5.10, 17:30h:** EU-Europaempfang des Kreisverbandes Bad Kreuznach, u. a. mit Christoph Bals. Ort: Kreisverwaltung Bad Kreuznach, Salinenstr. 47. Anmeldung bei Franz-Josef Mathony, i-f.mathony@t-online.de, Tel. 0671/61199

■ **München, 12.-16.5.10:** 2. Ökumenischer Kirchentag, mit verschiedenen Germanwatch-Aktivitäten, u. a. Stand in Halle B6, Standnummer B6 F10. Weitere Infos und Kartenvorverkauf: www.oekt.de

■ **Bremen, 19.05.10, 20h:** Podiumsdiskussion „Kopenhagen – revisited: Was bleibt nach der Klimakonferenz?“, u. a. mit Alpha Kaloga. Veranstaltungsort: DGB-Haus, Bahnhofplatz 22

■ **Neustadt an der Weinstraße, 12.6.10:** Rheinland-Pfalz-Tag, u. a. mit Germanwatch-Infostand und -Beiträgen im Forum „Friede – Umwelt – Integration“. Kontakt: Stefan Rostock, rostock@germanwatch.org. Weitere Infos: rlp-tag.mbwjk.rlp.de

■ **Trier, 8.7.10, 12-14h:** Vortrag „Klimawandel in Afrika – Probleme und Herausforderungen“ von Alpha Kaloga. Weitere Infos: www.uni-trier.de/index.php?id=2396

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Im Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Klaus Milke, Gerold Kier.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 550.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Europäischen Kommission. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/zeitung

Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aus-sendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko

Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/zeitung

Positionspapier: Klimaverträgliche öffentliche Beschaffung. Deutschland auf dem Weg zur fast treibhausgasfreien Gesellschaft. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/pos-kb.htm

Hintergrundpapier: Januar 2010 bricht Wärmerekord trotz der Minusgrade. Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/januar10.htm

Artikel: Die Klimakonferenz von Kopenhagen als BNE-Event? Erschienen im BNE-Journal (Online-Magazin „Bildung für nachhaltige Entwicklung“), Ausgabe 8, März 2010. Kostenlos. www.bne-journal.de

Hintergrundpapier: Regional Centres for a Changing Climate. Institutions to Assist Developing Countries in Adaptation and Technology Transfer. Vorläufige Version. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/regcen.htm

Hintergrundpapier: Global Climate Risk Index 2010. 5 Euro. www.germanwatch.org/crri

Hintergrundpapier: Der Klimaschutz-Index: Ergebnisse 2010. 5 Euro. www.germanwatch.org/ksi

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Bericht zur Lage der Welt 2010: Sich Konsumzwängen widersetzen

Exzessiver Konsum ist mitverantwortlich für die Zerstörung der globalen Ökosysteme. Dies bestätigt der „Bericht zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben – Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil“. Herausgegeben vom führenden US-amerikanischen Umweltinstitut Worldwatch mit dem Originaltitel: „Transforming Cultures – From Consumerism to Sustainability“ fordert er eine Abkehr vom Konsum als Form der Identitätsstiftung und Befriedigung der Sinnsuche. Erik Assadourian, Koordinator und Mitautor des Berichts, sieht im Konsumismus die (Über-)Befriedigung von Wünschen, die erst durch massive Werbung soziale Akzeptanz erhalten und Ergebnis von Konzernstrategien sind. Besorgniserregend ist, dass die Werbebranche auch in Schwellen- und



Entwicklungsländern Fuß fasst und ähnliche Energie- und ressourcenvernichtende Verhaltensweisen zu etablieren versucht. Der Bericht zur Lage der Welt liefert aber auch viele Möglichkeiten, sich auf persönlicher Ebene, in Unternehmen oder im staatlichen Handeln den von außen auferlegten Konsumzwängen zu widersetzen. Darin besteht die wahre Originalität des Buchs.

Stefan Rostock

Das Buch ist im Buchhandel erhältlich (2010, ISBN 978-3-86581-202-5, 300 Seiten, 19,90 Euro).

Mitherausgeber der deutschen Ausgabe sind Germanwatch und die Heinrich-Böll-Stiftung.

BILDUNGSMATERIAL

Starke Nachfrage nach der Germanwatch-Klimaexpedition

Die Germanwatch-Klimaexpedition holt den Blick auf die Erde vom Weltall ins Klassenzimmer. In 90-minütigen Unterrichtseinheiten erarbeiten erfahrene Umweltpädagogen zusammen mit SchülerInnen anhand des Vergleichs von live gezeigten Satellitenbildern mit früheren Aufnahmen das Thema Klimawandel. An Beispielen wie dem Gletscherschwund werden die Folgen des Klimawandels sichtbar. Die Präsentation geht auf lokale Gegebenheiten ein und benennt regionale Folgen des Klimawandels. Die Klimaexpedition ist bundesweit, und mittlerweile auch international unterwegs: Nach den großen Erfolgen in den letzten Jahren auf internationalen Konferenzen sowie in Schulen in Luxemburg konnten in diesem Jahr über ein Satellitenbildungsprogramm nahezu 12.000 Colleges in Indien mit Präsentationen erreicht werden. In 2010 sind Präsentationen in Tschechien und erneut in Luxemburg geplant.

Buchung der Klimaexpedition und Informationen unter:

www.germanwatch.org/klima/ke.htm oder unter www.scooltour.info, dem bundesweiten Klimaprojekt „Klima on s'cooltour“.

Flyer der Germanwatch-Klimaexpedition und Ankündigungsposter können bestellt werden bei Andrea Taubert (taubert@germanwatch.org).



Umweltpädagoge Martin Flegner von Geoscopia erarbeitet mit SchülerInnen der neunten und elften Klasse des Illtalgymnasiums in Illingen das Thema Klimawandel. Foto: Andreas Engel

FILM

Wer zahlt „Die Rechnung“ für den Klimawandel?

Germanwatch-Kurzfilme als Bildungsinstrument

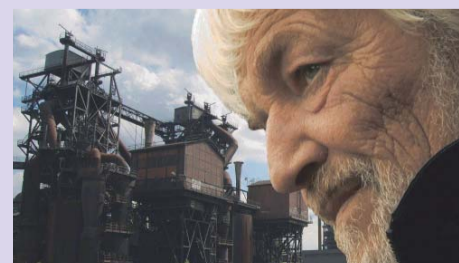
Zwei Kurzfilme entstanden im Rahmen eines Germanwatch-Bildungsprojekts: „Die Rechnung“ mit den Schauspielern Benno Fürmann, Bjarne Mädel, Christoph Tomanek und Ina Paule Klink sowie „Sandkorn im Getriebe“.

„Die Rechnung“ hat bei YouTube mittlerweile über 100.000 Klicks in der deutschen und fast 50.000 in der englischen Version erzielt. Der Film ist zudem zu einem bildungspolitischen Exportschlager geworden. In Frankreich wurde eine französischsprachige Übersetzung angefertigt. Im April wurde der Film auf einem spanischen Kurzfilmfestival gezeigt, und er soll nun auch ins Spanische übersetzt werden. Im Juni reist „Die Rechnung“

außerdem zu einem der größten Kurzfilmfestivals nach Japan.

Die Filme können als DVD kostenfrei bei Germanwatch (versand@germanwatch.org) bestellt oder online angeschaut werden:

www.youtube.com/germanwatch.



Szene aus „Sandkorn im Getriebe“
Regie: Veselina Vasileva

Mit der Radshow auf Tour

2010 ist die Klimakampagne des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) und der beteiligten Verbände in ganz Deutschland aktiv. Mit einer Radshow werden auf vielen Marktplätzen Formen klimafreundlicher Mobilität präsentiert. Neben dem klassischen Fahrrad stehen PEDELECS – Elektrofahrräder, die hybrid mit einem Elektromotor und Muskelkraft betrieben werden – zum Testen zur Verfügung. An vielen Standorten ist Germanwatch mit einem Infostand vertreten.



www.tinyurl.com/rad-roadshow

Verbraucherparlament

Am 11. Juni findet in Berlin außerdem das erste Verbraucherparlament statt. Die Verbraucherkampagne „für mich. für dich. fürs klima.“ lädt 150 VerbraucherInnen dazu ein, Vorschläge zu einer zukunftsfähigen Mobilität zu erarbeiten und Forderungen in einem Papier an die Entscheidungsträger zusammenzufassen. Germanwatch berät die Klimakampagne der VerbraucherInnen in Klimafragen und leitet die Arbeitsgruppe zu nachhaltigen Geldanlagen. Interessierte können sich bis zum 14. Mai unter www.verbraucherfuersklima.de bewerben. Fahrtkosten und eine Hotelübernachtung werden bezahlt. Aber auch über das Internet können VerbraucherInnen am Verbraucherparlament teilnehmen.

Ja, ich unterstütze Germanwatch

Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.

Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich
den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag:
5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Selbstverständlich können Sie auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.